

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Vorkassegeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4508. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 12303. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Spa-Debatte im Reichstag.

Die Spa-Resolution der Reichstagsmehrheit.

Berlin, 28. Juli. Die Sozialdemokraten (Rechtssozialisten), das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten haben im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet hat, und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Die Verhandlungen der Entente mit Rußland.

London, 26. Juli. In Erwiderung von Anfragen befragte Lloyd George im Unterhause die Meldung, daß die Sowjetregierung den englischen Vorschlag auf Abhaltung einer Friedenskonferenz in London angenommen und vorgeschlagen hat, daß Vertreter der alliierten Mächte der Konferenz beiwohnen sollen. Lloyd George fügte hinzu, die englische Regierung habe sich in dieser Angelegenheit mit den Alliierten in Verbindung gesetzt. In Erwiderung auf weitere Anfragen sagte Lloyd George: Nachdem die russische Regierung dem Waffenstillstand mit Polen zugestimmt habe, habe die englische Regierung ihre Einwendung gegen die russische Handelsdelegation zurückgezogen. Lloyd George sagte: Ich habe die besten Hoffnungen bezüglich des Friedens. Friede ist das, was die Welt braucht.

London, 27. Juli. Im Unterhause erklärte Lloyd George bei Besprechung der Möglichkeit der Abhaltung einer Konferenz mit der Sowjetregierung, die englische Regierung stehe mit den alliierten Regierungen in Verhandlungen, um die Frage zu regeln, ob und welche der hauptsächlichsten Staaten der Entente an der Konferenz teilnehmen sollen.

London, 27. Juli. Bonar Law erklärte im Unterhause, die englische Regierung unterhalte keine Beziehungen zu General Wrangel und müsse direkt mit der Sowjetregierung verhandeln. Die Bolschewisten hätten sich endlich bereit erklärt, am nächsten Freitag mit den Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen.

Paris, 27. Juli. Der Petit Parisien schreibt, es sei auch die Frage zu erörtern, ob Deutschland als eine Macht anzusehen sei, die an der Regelung der Ostfragen interessiert ist und infolgedessen zu der Friedenskonferenz nach London hinzugezogen werden müsse. Die englischen Liberalen und sozialistischen Blätter und, wie man hört, auch die englische Regierung seien bereit, diese Frage in bestimmtem Sinne zu beantworten. Das Blatt fragt weiter, ob es wahr sei, daß in Spa von dem polnischen Ministerpräsidenten die Zustimmung Polens verlangt worden sei, in eine etwaige Abänderung der Friedensvertragsklausel für Oberschlesien und Danzig einzuwilligen.

Englisch-französische Ministerkonferenz.

Boulogne, 27. Juli. Millerand und Lloyd George sind mit ihren Begleitern hier eingetroffen und werden heute nachmittags eine Besprechung haben.

London, 27. Juli. Gleichzeitig mit der Boulogner Besprechung wird ein Meinungsaustausch mit der italienischen Regierung vor sich gehen, um ihre Stellungnahme kennen zu lernen und eine übereinstimmende Politik zu ermöglichen.

Der französische Ministerpräsident ist begleitet von François Mariat, Marshall Foch, General Deslières und dem Leiter der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen, Berthelot.

Die Staatsmänner werden sich in Boulogne über die Annahme des englischen Vorschlages bezüglich einer Friedenskonferenz der Randstaaten in London unterhalten.

Die französische Regierung sieht bekanntlich sehr scheid auf die Verhandlungen Englands mit Rußland, die der Aufnahme der Handelsbeziehungen gelten. Die französische Regierung ist von so tiefem Abscheu gegen den Bolschewismus erfüllt, daß sie Verhandlungen mit den Lenin und Trotzky unbedingt ablehnt. Unbedingt wenigstens solange, als Rußlands Regierung sich nicht bereit erklärt, den französischen Rentnern die Zinsen des Kapitals zu zahlen, das diese Herren dem Zaren geliehen haben, damit er sein geliebtes Volk besser unterdrücke. Millerand hofft immer noch, daß man dieses Anerkenntnis aus Rußland herauspressen könne, während Lloyd George erkennt, daß sich das nicht mehr machen läßt. Freilich verliert die englische Bourgeoisie bei der Aufgabe dieser Forderungen auch nicht so viel, wie die Frankreichs. Bei der Besprechung in Boulogne will Millerand versuchen, die Teilnahme an

der Londoner Konferenz davon abhängig zu machen, daß Rußland zahlt. Der Temps beschwört England, auf diesen Boden zu treten. Doch sind die Dinge zwischen England und Rußland dafür wohl schon zu weit gediehen. Frankreich soll übrigens auch fordern, daß der Rebellengeneral Wrangel als „kriegführende Macht“ nach London berufen werde.

Entente-Lebensmittel für die deutschen Bergarbeiter.

Paris, 27. Juli. (Havas.) Infolge der in Spa getroffenen Vereinbarungen, die eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute zur Erzielung einer höheren Ausbeute an Kohlen bezwecken, haben sich die alliierten Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Italien veranlaßt gesehen, gemeinsam Lebensmittelvorschlüsse an Deutschland zu gewähren. Um Frankreich zu gestatten, seinen Verpflichtungen nachzukommen, da es selbst in erster Linie mit Kohlen beliefert werden soll, hat die Regierung heute einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Finanzminister ermächtigt, an dieser Operation teilzunehmen.

Sieg der U. S. P. in Gera.

Gera, 26. Juli. Bei den gestrigen Wahlen zum Bezirksrat erhielten die U.S.P. 19542 Stimmen, der Bürger- und Bauernbund 17581 Stimmen und Spartakus 2008 Stimmen. Von den 14 Sitzen erhielten die U.S.P. und der Bürger- und Bauernbund je sieben, der Spartakusbund keinen.

Die bay.ische Reaktion am Werke.

München, 28. Juli. Im Geschäftsordnungsausschuß des Landtages wurde die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Eisendreher wegen Hochverrats genehmigt.

Die Grenzfrage im Osten.

Paris, 27. Juli. (Havas.) Die Vorkonferenz beschäftigte sich gestern mit der Frage von Allenstein und Marienwerder; sie hat einen Ausschuß von Rechtsgelahrten damit beauftragt, einen Entwurf über die Maßnahmen vorzulegen, die infolge der Abstimmung notwendig werden. Die Verschlebung von Besatzungstruppen in dieser Gegend ist eingestellt.

Protest gegen polnische Vergewaltigung.

Berlin, 28. Juli. Die vier an der Weichsel gelegenen Ortschaften Johannisdorf, Aufendach, Neu-Diebenau und Kleinfelde haben ein dringendes Telegramm an das Auswärtige Amt geschickt, in dem sie eine Behinderung der Abtretung an Polen verlangen.

Der polnische Rückzug.

Kopenhagen, 27. Juli. Wie aus Warschau telegraphiert wird, ziehen sich die Polen unter dem Druck der Feinde zurück. In der Molodetschnoer Gegend müssen die Polen ebenfalls weichen; ihre Lage ist dort sehr schwierig. Im Abschnitt Krzemieniec und Wolczyn ist die polnische Front vor den feindlichen Kräften zurückgegangen.

Abgelehnte Lohnforderung der englischen Bergarbeiter.

London, 27. Juli. Die Regierung hat die Forderung der Bergarbeiter auf eine Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Woche und auf Herabsetzung des Preises für Hausbrand um 14 Schilling pro Tonne abgelehnt.

Ein Nachspiel zur Dorian-Affäre.

Paris, 27. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Mainz sollen die alliierten Vertreter die Anklage gegen diejenigen Personen verlangt haben, die Dr. Dorian aus dem besetzten Gebiet entführt haben.

Nach keine Haftentlassung Dr. Doriens? Nach einer amtlichen Auskunft, die am Dienstaamstag der Sächsl. Korresp. von dem Vertreter des Oberreichsanwalts erteilt wurde, war diesem von der Haftentlassung Dr. Doriens aus Leipzig amtlich noch nichts bekannt. Der Vertreter des Oberreichsanwalts äußerte sich folgendermaßen: Nachdem Zweifel aufgetaucht sind über die völkerrechtliche Zulässigkeit der Festnahme Doriens, wird der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht darüber zu befinden haben, ob die Festnahme rückgängig zu machen sei und Dorian zurücktransportiert werden darf. Der Haftbefehl ist legal erlassen und besteht solange zu Recht, als das Reichsgericht ihn nicht aufhebt. — Aus diesen Äußerungen des Vertreters der Oberreichsanwaltschaft dürfte der Schluß zu ziehen sein, daß Dr. Dorian sich noch in Leipzig in Haft befindet.

Ein Sieg des deutschen Militarismus.

Berlin, 27. Juli.

Was dem deutschen Militarismus draußen verjagt blieb, Herr der Lage zu bleiben, das ist ihm im Innern Deutschlands bis auf den heutigen Tag gelungen. Heute hat er sogar einen vollen Sieg im Parlament zu verzeichnen. Herr Dr. Simons hat heute zu Beginn der Sitzung seine Aeußerung über das Militär, das durch die verächtliche Form, in der es der französischen Fahne Genugtuung gab, die Interessen Deutschlands aufs schwerste geschädigt habe, in aller Form zurückgenommen. Damit hat er sich wie alle andern Minister unter das Gebot des Stahlhelms gestellt. Es war für den Genossen Breitscheid ein Leichtes, zu zeigen, wie in Deutschland der Militarismus heute noch die Politik bestimmt. Die bürgerliche Presse war über die Rede Simons erstaunt und entrüstet und die Deutsche Tageszeitung und die Deutsche Zeitung hatten ihn schon zu den Toten gelegt. Nach der reuervollen Abbitte wird sie ihm verzeihen; denn wer so schnell umfällt, der ist ungefährlich. Die Rede des Herrn Simons vom Montag hätte eine Tat sein können, wenn er zu ihr gestanden und sie nicht schon 24 Stunden später preisgegeben hätte. Sie hatte nicht nur wie eine Sensation im Hause gewirkt, sondern auch befreiend. Allgemein war der Eindruck, hier steht ein Mann, der weiß, was er will und der die Politik beherrscht. Der Unterschied zwischen seinen Vorgängern mit ihrem feuilletonistischen Geschwätz und ihm, der politisch etwas zu sagen hatte, war außerordentlich groß. Wie fürchte die Rechte des Hauses, als er darlegte, wie die Neutralität Deutschlands im russisch-polnischen Krieg beschaffen sein müsse, als er für den Ausbau der Wirtschaft in Rußland durch die Sowjetregierung anerkennende, aber richtiger nur zutreffende Worte fand! Wie knurrte sie, als er die „ehrendezeugende“ Kompanie richtig kennzeichnete und ebenso den Streich mit der Entführung Doriens durch unsere Justizorgane! All das sagte Herr Simons nicht aus Liebedienerei vor dem Auslande, sondern um des richtig verstandenen deutschen Interesses willen. Auch die Art, wie er seine Anschauung verfocht, ließ ihn als einen Mann erscheinen, der weiß, was er will und der seinen Willen auch durchsetzt. Und 24 Stunden später, noch ehe die Rechte des Hauses 68 Worte gekommen ist und ihn angreifen konnte, hat er nicht nur vor dem Militarismus revoziert, sondern auch noch nach der Rede Breitschoids seine Bemerkungen über den Bolschewismus zurückgenommen. Mit Recht konnte Genosse Breitscheid schon wegen des Kotsaus vor dem Stahlhelm auf die Wirkung im Auslande hinweisen, den dieser Kniefall haben müsse und daß der Minister damit Deutschland einen schlechten Dienst erwiesen habe. Man wird jetzt besonders in Frankreich und England darauf hinweisen, welche Macht der Militarismus in Deutschland noch hat.

Der Umfall des Außenministers hätte in seinen augenblicklichen Folgen das Gesamtinteresse in Anspruch genommen, wenn es dem Genossen Breitscheid nicht gelungen wäre, durch eine groß angelegte und gut durchgeführte Rede das Interesse für die gesamte innere und äußere Politik Deutschlands zu konzentrieren. Er zeigte, wer an Versailles und an Spa schuld ist, wie sich das Interesse der deutschen Bourgeoisie mit dem der Entente-Bourgeoisie berührt und wo es einander entgegengekehrt ist; er zergliederte die Beweggründe der Staatsmänner und nahm sich dann ganz besonders den Patrioten Skines vor. Bei der Schilderung dieses kriegsverbrecherischen Geldackpatrioten tobte die Rechte des Hauses ununterbrochen; aber auch den Mittelern der Kriegstreiber und Verbrecher schenkte unser Redner nichts. Meisterhaft waren die Stellen, wo er den scharfen Gegensatz zwischen den proletarischen und den kapitalistischen Interessen auf nationalem wie internationalem Gebiete kennzeichnete. Mit wichtigen Sätzen rief er die deutschen Arbeiter auf zu verhindern, daß Waffen- und sonstige Sendungen zur Bekämpfung Sowjetrußlands durch Deutschland gehen dürfen. An schlagenden Beispielen zeigte er die bürgerliche Verlogenheit des bürgerlichen Geschweis über die Diebereierei unserer Partei vor der Entente. Mit besonderer Wärme nahm er sich der halbzutotgeschundenen Bergleute an. Nachdrücklich verlangte er die Sozialisierung, die allein eine wirtschaftliche Besserung bringen kann.

Auch wenn Herr Simons seine Montagsrede durch die heutigen Erklärungen nicht tot gemacht hätte, sie wäre durch die Breitschoidsche doch in die richtige Beleuchtung gerückt worden, in der sie sich als eine den Bourgeoisieinteressen dienende Aktion herausstellt.